

Gesetzentwurf befreit Bürger von Beiträgen für Straßenbau

Bürger, die bisher nicht für den Straßenausbau zahlen mussten, brauchen dies auch zukünftig nicht. Foto: Nico Kiesel

Die Sturheit von zehn Gemeinden im Landkreis wird wahrscheinlich belohnt. Orte, die bislang keine Straßenausbaubeiträge erhoben, können wohl weiter die Börsen ihrer Bürger schonen. Und verstoßen bald nicht mehr gegen geltendes Recht. Thüringens Innenminister plant ein Gesetz, dass Kommunen bei der Beitragshöhe freie Hand lässt.

Landkreis Sömmerda. Aufatmen bei Gemeinderäten, die standhaft Gesetze brachen. Zehn Kommunen im Landkreis wehren sich bislang, Straßenausbaubeiträge zu erheben. Mit Strafen müssen sie dafür nun wohl nicht mehr rechnen.

Von den Bürgern Geld für neue Straßen einzutreiben, ist vielleicht bald keine Pflicht mehr. Das könnte im neuen Gesetz stehen, an dem im Thüringer Innenministerium gearbeitet wird. "Noch vor der Sommerpause sollen Eckpunkte feststehen. Im September könnte der Entwurf im Landtag beraten werden", steckt Ministeriumssprecher Bernd Edelmann Etappen für den Vorstoß seines Behördenchefs ab.

Bis zu einem Beschluss im Parlament hat Innenminister U) außerdem Frieden verordnet. Die Kommunalaufsicht bei der Kreisverwaltung darf vorerst von Gemeinden nicht länger verlangen, eine Satzung über Straßenausbaubeiträge zu erlassen. Eine solche wird wahrscheinlich aber auch nach neuem Recht Pflicht bleiben. Anders als bisher sollen die Kommunen aber freie Hand erhalten, in der Satzung auf Beiträge zu verzichten. Die Kommunen würden dann einfach bestimmen, dass alle Kosten für Straßenbau nur noch aus dem Stadt- beziehungsweise Dorfsäckel bezahlt werden, ohne die Bürger zu beteiligen.

"Das scheint ja, als wäre es nur noch ein Spaziergang bis zum Triumph", freut sich Günther Kilian über die angekündigte Wende in der Landespolitik. Als Bürgermeister von Großneuhausen stemmt er sich seit Jahren stur gegen geltendes Kommunalrecht. "So ungünstig wie viele Grundstücke bei uns im Ort geschnitten sind, würden Beiträge die Besitzer bettelarm machen."

Solche Belastungen wollen etwa 150 weitere Gemeinden in Thüringen ihren Einwohnern ebenfalls nicht zumuten. Darunter sind Städte wie Weißensee oder das südthüringische Schleusingen. Dort können die Bürger nun hoffen, von horrenden Kosten verschont zu bleiben. Das allerdings wecke berechnete Erwartungen bei Grundeigentümern, die bereits gezahlt haben. Matthias Bogk, Vorsitzender vom Gemeinde- und Städtebund im Landkreis Sömmerda befürchtet gar Unruhen, wenn ein Gesetz die bislang Halsstarrigen belohnt. "Die Ungerechtigkeit würde bis in die Orte hinein reichen. Wie soll man rechtfertigen, dass Anwohner bereits fertiger Straßen zur Kasse gebeten wurden und andere bei künftigen Baumaßnahmen verschont bleiben." Ein neues Gesetz findet Bogk gerecht, wenn es alle Beitragspflichten für Straßenbau seit 1990 aufhebe. "Dann muss die Landesregierung nur erklären, wovon die Gemeinden die Summen zurückzahlen sollen. Am besten sie legt gleich Geld dazu."

Dass standhafte Gemeinden etwa Kosten für Straßen in anderen Orten mittragen sollen, sieht Günther Kilian überhaupt nicht ein. "Wenn da nicht vernünftig gewirtschaftet wurde, kann man eben keine Beiträge zurücknehmen." Auch diese Entscheidung soll das neue Gesetz den Kommunen freistellen

Timo Götz / 18.05.10 / TA